

**DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS**

**FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 37. JG. Heft 4 | 2024**

Karl-Heinz Reuband\*

## **Proteste gegen „rechts“**

**Der Einfluss lokaler politischer Rahmenbedingungen auf das Protestgeschehen in sächsischen Gemeinden**

**Zusammenfassung:** Anfang des Jahres 2024 erlebte die Bundesrepublik die größte Protestbewegung gegen Rechtsextremismus in ihrer Geschichte. Untersucht wird auf Basis sächsischer Gemeinden, welchen Einfluss der lokale AfD-Wähleranteil, die Historie rechtspopulistischen Protests und die Ortsgröße auf die Zahl der Proteste gegen „rechts“ nahmen. Die Ortsgröße erwies sich als wichtigste Einflussgröße, gefolgt vom Protestgeschehen in der Corona-Zeit.

**Abstract: Protests against the “right”. The role of local political conditions on the protest wave in Saxonian communities** - In early 2024 Germany experienced the largest protest wave against right-wing-extremism in its history. The paper focuses on the role of the local AfD-vote, the local history of right-wing protests and the size of community on the volume of protest. The communities in Saxony, East Germany hereby constitute the empirical basis. Size of community evolved as the most important variable, followed by the protests during the Covid-phase in Germany.

### **1 Einleitung**

Anfang des Jahres 2024 erlebte die Bundesrepublik die größte Protestbewegung gegen Rechtsextremismus in ihrer gesamten Geschichte. Anlass war die investigative Recherche des

---

\* Kontakt: Prof. emer. Dr. Karl-Heinz Reuband, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften, E-Mail: reuband.kh@gmail.com

Medienhauses „Correctiv“ über ein nicht-öffentliches („geheimes“) Treffen in einer Potsdamer Villa, in dem es um ein „Strategiekonzept im Sinne eines Masterplans“ ging, die Zahl der Migranten und Zuwanderer in Deutschland zu reduzieren. Der österreichische Rechtsextremist und ehemalige Sprecher der „Identitären Bewegung“ Martin Sellner war Hauptredner und stellte sein Konzept der „Remigration“ vor. Und er erläuterte, welche Personengruppen, seinem Konzept gemäß, das Land zu verlassen hätten: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht und „nicht assimilierte Staatsbürger“.

Zu den anwesenden „gut zwei Dutzend“ Personen zählten neben zwei CDU-Mitgliedern (Mitglieder der Werteunion) auch Parlamentarier und Mitarbeiter der AfD in z.T. zentraler Funktion.<sup>1</sup> Inhaltlich gab es von Seiten der Zuhörer keine grundsätzliche Kritik an der Idee des Masterplans, berichtet „Correctiv“. „Es kommen viele unterstützende Nachfragen. Zweifel gibt es nur an der Umsetzbarkeit“. Auch die anwesenden AfD-Politiker hätten keine Einwände gehabt. Im Gegenteil: „Die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy betont, dass sie das skizzierte Ziel schon länger verfolge“ (Correctiv 2024).

Der Bericht von „Correctiv“ über das Treffen löste in der bundesdeutschen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung aus. Millionen von Deutschen mit Migrationshintergrund seien bedroht und würden dem „Masterplan“ gemäß Deutschland verlassen müssen. Maßgeblich beteiligt sei an diesen Überlegungen die AfD, wenn diese nicht gar mit deren eigenen Konzeptionen identisch seien. Damit geriet die AfD in den Fokus der Empörung, und es brach sich Bahn, was an sich schon länger als Potential angelegt, aber nicht umgesetzt war. Die Ereignisse in Potsdam wirkten wie ein Katalysator, der ein bestehendes Protestpotential in aktiven Protest gegen die AfD umsetzte.

Die erste größere Demonstration gegen „rechts“<sup>2</sup> fand mit 500-600 Menschen am 11. Januar 2024 in Darmstadt statt – bereits einen Tag, nachdem „Correctiv“ über das Treffen berichtet hatte. Mehrere Gruppen hatten zur Demonstration aufgerufen.<sup>3</sup> Der erste große Protest mit 180.000 Menschen folgte am 19. Januar in Hamburg. Seitdem vervielfachte sich die Zahl der Protestkundgebungen, in größeren ebenso wie in kleineren Orten. Und mehr und mehr Organisationen riefen zu der Teilnahme an den Kundgebungen auf – bis hin zu Parteien, Gewerkschaften und Regierungsvertretern auf Bundes- und Landesebene. Bis Ende Februar hatten mehr als 3,7 Millionen<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Anwesend war der persönliche Referent von Alice Weidel. Nach Bekanntwerden des Treffens trennte sie sich von ihm.

<sup>2</sup> Die Kundgebungen, die Gegenstand der folgenden Analyse sind, fanden unter unterschiedlichen Namen und unterschiedlichem Motto statt. Sie werden hier global als „Protest gegen rechts“ bezeichnet.

<sup>3</sup> Am gleichen Tag fand auch eine kleinere Spontandemonstration mit rund 60 Teilnehmern am Veranstaltungsort des Treffens in Berlin statt (Wikipedia 2024). Die Darmstädter Kundgebung am gleichen Tag war hingegen in der Teilnehmerzahl weitaus größer.

<sup>4</sup> Wie viele Menschen im Lauf der Zeit an den Protesten teilnahmen, ist aufgrund der kumulierten Teilnehmerzahlen nicht zu bestimmen – denn es ist unbekannt, wie viele von ihnen wie häufig an diesen Protesten teilnahmen.

in Deutschland gegen „rechts“ demonstriert, und die Demonstrationen nahmen kein Ende – für nicht wenige Beobachter höchst überraschend, denn sie hatten ein baldiges Ende des Protests erwartet.

## **2 Die Bedeutung lokaler Rahmenbedingungen: offene Fragen**

Wo – in welchen Gemeinden – fanden die Proteste statt? Waren sie überproportional verbreitet, wo die AfD in Wahlen besonders hohe Stimmzahlen für sich verbuchen konnte? Oder galt umgekehrt, dass sich der Protest vor allem dort ereignete, wo das AfD-Wählerpotential besonders niedrig war? Für beide Hypothesen ließen sich Gründe herleiten. Geht man davon aus, dass sich der Protest gegen die AfD richtete, würde man erwarten, dass er überproportional dort stattfand, wo die AfD auf Gemeindeebene stark ist: Wo der Anteil der AfD-Wähler groß ist, AfD Politiker aufgrund der Wahlergebnisse womöglich im Gemeinderat sitzen und es deshalb für Gegner der AfD Sinn macht, dagegen vor Ort ein Signal zu setzen.

Ein hoher AfD-Wähleranteil auf Gemeindeebene könnte andererseits aber auch bedeuten, dass das Rekrutierungspotential für Proteste gegen die AfD gering ist. Rein zahlenmäßig wären unter diesen Umständen die AfD-Gegner unterdurchschnittlich vertreten, und je geringer ihr Anteil, desto weniger Menschen lassen sich für Proteste am Ort mobilisieren. Eine derartige Beziehung wäre zu erwarten, wenn der Ort des Protestes zugleich der Wohnort der Teilnehmer ist: Wenn sich aus der Gemeinde sowohl die Wähler als auch die Gegner der AfD rekrutieren. Im oben zuerst genannten Fall hingegen wäre diese Bedingung nicht zwingend erforderlich: Wenn der hohe AfD-Wähleranteil Symbol ist für die Notwendigkeit des Protests – und die AfD-Repräsentanten am Ort die Adressaten sind –, wäre dies für die Frage des Einzugsbereichs der Protestierenden irrelevant. Gewählt wird der Ort mit hoher AfD-Sichtbarkeit.

Man könnte die Überlegung noch weiter ausbauen durch Einbeziehung von Ereignissen, welche Rassismus und Anti-Migrations-Orientierungen in besonderem Maße repräsentieren: Wie etwa die Proteste gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen, wie sie 2015/16 in Sachsen und anderswo in Deutschland weit verbreitet waren. So wäre denkbar, dass überall dort Proteste gegen „rechts“ stattfanden, wo es in der Vergangenheit überproportional oft zu antimigrantischen Aktionen kam. Schließlich schlägt sich in diesen anti-migrantischen Aktionen in besonders markanter und sichtbarer Weise nieder, was auf der Einstellungsebene nur indirekt erschlossen werden kann.

Des Weiteren stellen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen ein Ereignis dar, das in der Öffentlichkeit mit rechtspopulistischer Dynamik assoziiert ist. Zwar gibt es keine empirischen Befunde aus Befragungen von Teilnehmern in Sachsen – aber dass AfD-Anhänger und Personen mit rechtspopulistischer Ideologie den Corona-Protesten in besonderem Maße nahestehen (Reuband 2022: 56ff.) und personelle Überschneidungen auf der Ebene der maßgeblichen Akteure des Protests

bestehen (Herpertz 2024), steht außer Zweifel. Im Vergleich zu den Anti-Asyl-Protesten war der Charakter der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zwar in der öffentlichen Wahrnehmung weniger deutlich als rechtspopulistisch oder rechtsextrem geprägt und könnte deshalb in Zusammenhang mit unserer Fragestellung für die Proteste gegen „rechts“ von geringerer Bedeutung sein. Andererseits liegen die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zeitlich nicht allzu lang zurück – die letzten fanden Anfang 2022 statt. Aufgrund dessen weisen sie einen unmittelbareren Bezug zur Gegenwart auf als die Anti-Asyl-Proteste.

### **3 Empirische Grundlagen**

Im Folgenden soll der Frage anhand von Daten aus Sachsen nachgegangen werden. Die empirische Basis stellen die 419 kreisfreien Städte und Gemeinden dar. Neben den Angaben zum AfD-Wähleranteil in der Bundestagswahl von 2021 wurden Daten zu den Protesten gegen „rechts“, den Protesten gegen den Flüchtlingszuzug in den Jahren 2015/16 sowie den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in den Jahren 2020/21 erfasst. Die Daten zu den Protesten gegen „rechts“ entstammen der Dokumentation „DemokraTEAM“, ergänzt durch die Daten, die von der „Tageszeitung“ (taz 2024) im Rahmen einer Bestandsaufnahme ermittelt wurden. Darüber hinaus wurde ein Abgleich mit den Angaben in Wikipedia unternommen.<sup>5</sup> Die Angaben zu den Anti-Asyl-Protesten wurden der Webseite „Mut gegen rechte Gewalt“ (2024) entnommen. Erfasst wurde von uns die Zahl der Tage mit Protest am jeweiligen Ort. Die Daten zu den Corona-Protesten umfassen die Proteste, die in einer Hochphase des Corona-Protests in den Jahren 2020/21 stattfanden. Die Angaben zu den Kundgebungen wurden einer Zusammenstellung entnommen, die auf eine parlamentarische Anfrage hin erstellt und von uns in einen Datensatz überführt wurde (Reuband 2022: 63f.).

### **4 Sachsen im Vergleich**

Wie stellt sich Sachsen in Fragen des Protests gegen „rechts“ im Vergleich zu den anderen östlichen Bundesländern dar? In Sachsen gab es von Mitte Januar bis 25. April 2024<sup>6</sup> 98 Kundgebungen, in Thüringen 51, in Sachsen-Anhalt 51, in Mecklenburg-Vorpommern 46 und in Brandenburg 97.

---

<sup>5</sup> Die Angaben auf den jeweiligen Webseiten sind geordnet nach den Tagen, an denen Proteste stattfanden. In unserem Fall wurde die Gemeinde die Basis des Datensatzes, und die Zahl der Tage mit Protest wurde den Gemeinden zugeordnet. Ein Problem der Auflistungen in „demokrateam“ und anderen Zusammenstellungen zum Protest gegen „rechts“ ist, dass oft keine Quellen angegeben sind und die verfügbaren Listen untereinander teilweise divergieren: dass etwa manche Orte an einem Tag in der einen, aber nicht der anderen Liste aufgeführt sind. Sofern möglich, wurde in einem solchen Fall versucht, durch Rückgriff auf weitere Quellen im Internet – wie Zeitungsrecherchen – die Unklarheiten zu klären. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Erfassung der Proteste nicht perfekt ist und Messfehler existieren. Solange keine Zweifel an den jeweiligen Angaben bestanden und diese daraufhin ausgeklammert wurden, wurden die Angaben von „DemokraTEAM“ der Datei zugrunde gelegt.

<sup>6</sup> Erfasst wurden – im Gegensatz zu den Zahlen auf Gemeindeebene – auf Bundesländerebene Kundgebungen bis zum 25. April.

Inwieweit die Nähe zu Berlin die Zahlen in Brandenburg in die Höhe trieben – viele Berliner wohnen dort, arbeiten aber in Berlin –, muss dabei ungeklärt bleiben. Ebenso muss die Frage offen bleiben, inwieweit die hohe Zahl in Brandenburg dadurch geprägt ist, dass an manchen Orten die Zahl der Kundgebungen überproportional stark konzentriert ist und sie die Gesamtzahl für das Land in die Höhe getrieben haben.<sup>7</sup> Berechnet man die Zahl der Kundgebungen auf die Bevölkerungszahl, bleibt die Sonderstellung von Brandenburg jedenfalls erhalten: Für Sachsen-Anhalt ergibt sich ein Wert von 2,3 pro 100.000, für Sachsen und Thüringen von 2,4, für Mecklenburg Vorpommern von 2,8 und für Brandenburg von 3,8.

Legt man anstelle der Zahl an Kundgebungen die geschätzte Zahl deren zugrunde, die im Lauf der Protestwelle an den Kundgebungen teilnahmen – diese Angaben stehen nur für einen Teil der Kundgebungen zur Verfügung und unterschätzen das Protestvolumen<sup>8</sup> –, so ändern sich die Relationen zwischen den Bundesländern: Die höchsten Zahlen finden sich in Sachsen (rund 214.500 Teilnehmer), in weitem Abstand gefolgt von Thüringen (rund 45.500) Brandenburg (41.600), Mecklenburg-Vorpommern (32.300) und Sachsen-Anhalt (29.300). Zusammen mit den oben genannten Angaben zur Zahl der Kundgebungen legen diese Zahlen nahe, dass die Spitzenstellung von Brandenburg im Wesentlichen darauf zurückgeht, dass dort besonders viele Kundgebungen mit kleiner Teilnehmerzahl stattfanden.

Berechnet man die Zahl der Teilnehmer pro Kundgebung, liegt in der Tat der Wert in den ostdeutschen Bundesländern in Brandenburg am niedrigsten. Am höchsten ist er in Sachsen – was angesichts dessen, dass hier mit Dresden, Leipzig und Chemnitz Städte mit großer Einwohnerzahl vertreten sind, nicht verwundert: Großstädte sind nicht nur ein Ort, an dem öffentlichkeitswirksam Proteste abgehalten werden können. Man hat auch die Möglichkeit, auf eine große ortsansässige Zahl potentieller Teilnehmer zurückzugreifen. Die anderen ostdeutschen Bundesländer weisen keine vergleichbar großen Städte auf.

## **5 Ortsgröße als Determinante des Protestgeschehens**

Proteste sind in einem Land nicht flächenmäßig gleich verteilt. Größere Orte sind in der Regel eher in der Lage, Menschen für Proteste zu mobilisieren. Entsprechend ist die Zahl der Orte mit Protest in einem Bundesland nicht von vornherein besonders hoch zu veranschlagen. Es kommt jeweils auf die Zahl und Größe der Städte und Gemeinden an. In Sachsen kam es bis Ende März in 10 % der Städte

---

<sup>7</sup> Potsdam ist in Brandenburg mit rund 183.000 Einwohnern die größte Stadt, sie grenzt an Berlin.

<sup>8</sup> Für Sachsen stehen Teilnehmerzahlen für 62 % der Kundgebungen zur Verfügung, für Thüringen für 61 %, in Mecklenburg-Vorpommern für 67%, Sachsen-Anhalt 43 %, Brandenburg 58 % (eigene Berechnungen). Geht man davon aus, dass diese Zahlen je nach Land nicht unterschiedlichen Selektionskriterien unterliegen, kann man sie als grobe Schätzung verwenden.

und Gemeinden zu Protesten gegen „rechts“. Und auch, wenn in der öffentlichen Diskussion wiederholt mit einer gewissen Verwunderung beschrieben wurde, dass es in kleineren Orten Proteste gab, ist doch unverkennbar, dass sich diese überproportional auf die größeren Orte erstreckten. Während in Orten mit weniger als 8.000 Einwohnern so gut wie nie Proteste stattfanden – der Anteil beläuft sich gerade mal auf 0,6 % –, belief sich der Anteil in Orten mit 8.000-20.000 Einwohnern auf 29 % und in Orten mit mehr als 20.000 Einwohnern auf 80 %.

Einen solchen Zusammenhang legen auch die Angaben zur Zahl der Kundgebungen nahe. So gab es in der Landeshauptstadt Dresden (rund 555.000 Einwohner) innerhalb des hier betrachteten Zeitraums (bis 26.03. 2024) 9 Kundgebungen, in Leipzig (rund 602.000 Einwohner) 8 und in Chemnitz (243.000 Einwohner) 5 Kundgebungen. Die kleinen und mittleren Orte, welche die Mehrzahl bilden, weisen meist nur 1-2 Kundgebungen auf – von vereinzelt Ausnahmen wie Görlitz (rund 57.000 Einwohner), Zittau (rund 25.000) und Waldheim (9.000 Einwohner) abgesehen: Görlitz<sup>9</sup> kommt auf 9, Waldheim auf 7 und Zittau auf 5 Kundgebungen. Zusammen repräsentieren die genannten sechs Städte und Gemeinden 15 % der Orte mit Kundgebungen gegen „rechts“. Nahezu die Hälfte (45 %) der Kundgebungen entfällt auf sie.

Dass einige der kleineren und mittleren Städte und Gemeinden eine durchaus nennenswerte Zahl an Kundgebungen aufweisen, hat damit zu tun, dass sich bei ihnen frühzeitig ein (nahezu) wöchentlicher Protestrhythmus etablierte. So fanden über einen längeren Zeitraum hinweg in Görlitz jeden Montag Demonstrationen gegen „rechts“ statt. Ähnlich die Situation in Waldheim. Dass sich in diesen Orten ein regelmäßiger Protest etablierte, ist dabei nicht nur der Größe des Ortes wegen bemerkenswert, sondern auch des AfD-Wähleranteils wegen: Görlitz und Zittau zählen zu den Städten mit einem besonders hohen Anteil an AfD-Wählern. In der Bundestagswahl 2021 errang die AfD in Görlitz 32,5% der Zweitstimmen und gar 35,8 % der Erststimmen (gewählt wurde auf Platz 1 Tino Chrupalla, der heutige AfD Vorsitzende). In Zittau errang die AfD 32,5% der Zweitstimmen. In Waldheim hingegen lag die Zahl mit 27,0 % nur leicht über dem Landesdurchschnitt, der sich in der Bundestagswahl 2021 auf 24,6 % belief.

Andererseits zeichnete sich gerade Waldheim lange Zeit durch eine besonders große öffentliche Präsenz der rechten Protestszene aus. Und die Proteste gegen „rechts“ richteten sich nicht zuletzt

---

<sup>9</sup> Die Zahlen für Görlitz erscheinen auf den ersten Blick recht hoch. Freilich gibt es hier bereits seit 2019 ein aktives Bündnis für Vielfalt und gegen „Rechts“ („Görlitz bleibt bunt!“) mit häufigen Kundgebungen. Die Zahlen in „DemokraTEAM“ sind zu Görlitz in ihrer Aussagekraft leider etwas schwer einzuschätzen. Die Kundgebung vom 21.01. ist irrtümlich zweimal aufgeführt: am 21. und 22.01. Für den 15.01. ließ sich im Internet kein Hinweis finden, lediglich auf Proteste zu anderen Themen. Für den 04.03. und 25.03. ließen sich im Internet ebenfalls keine Hinweise finden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass es sieben und nicht neun (oder mehr) Kundgebungen in dieser Zeit gab. Dies stellt gleichwohl eine nach wie vor untypisch hohe Zahl für Städte in vergleichbarer Größenordnung dar.

gegen die Proteste dieser Szene, die selbst einem montäglichen Rhythmus folgten. Dabei waren die Teilnehmer des Protests gegen „rechts“ durchaus potentiellen Bedrohungssituationen ausgesetzt: Nicht selten war die Zahl der Anhänger der rechten Szene größer als die Zahl der Teilnehmer, die sich gegen die rechte Szene wandte. An manchen Tagen standen in Waldheim 250 Protestteilnehmer gegen „rechts“ rund 300 Teilnehmern der rechten Proteste gegenüber (Leipziger Volkszeitung 2024). Dass dies den Protesten gegen „rechts“ nicht abträglich war, verdankte man nicht zuletzt dem couragierten Auftreten einiger politisch stark engagierter Personen aus der Zivilgesellschaft, welche für den regelmäßigen Protest verantwortlich waren und immer wieder neu dazu aufriefen.

## **6 Politische Rahmenbedingungen und die Historie rechtspopulistischen Protests**

Wie stellt sich der Zusammenhang zwischen der Zahl der Proteste gegen „rechts“ an einem Ort mit größerem AfD-Wähleranteil dar? Und welchen Stellenwert hat die lokale Vorgeschichte – die Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten und die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen? Zwischen der Zahl der Proteste gegen „rechts“ und dem AfD-Wähleranteil ergibt sich eine negative Korrelation von  $r = -.25$  ( $p < 0,001$ ).<sup>10</sup> Was bedeutet, dass die Proteste überproportional an Orten stattfanden, wo der AfD-Wähleranteil gering ist. Allerdings wurden die Proteste – wie zuvor erwähnt – überwiegend in den größeren Orten abgehalten. Und zwischen der Ortsgröße und dem AfD-Wähleranteil besteht eine negative Korrelation ( $r = -.25$ ,  $p < 0,001$ ). Kontrolliert man daraufhin die Ortsgröße als Einflussfaktor im Rahmen einer partiellen Korrelation, reduziert sich der Zusammenhang erheblich auf ein  $r = -.10$ : Es bleibt auf dem 0,5 % Signifikanzniveau gleichwohl bestehen.

Bezieht man in einem weiteren Schritt die Zahl der Proteste gegen „rechts“ auf die Zahl der Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten aus den Jahren 2015/16, ergibt sich im Vergleich zur vorherigen Analyse eine weitaus stärkere Korrelation von  $r = .48$  ( $p < 0,001$ ). Was auf den ersten Blick zu bedeuten scheint: An Orten, wo gegen Flüchtlinge protestiert wurde, wurde auch überproportional häufig gegen „rechts“ protestiert. Es handelt sich jedoch um eine Scheinbeziehung. Die Beziehung löst sich vollständig auf, sobald man die Ortsgröße als Kontrollvariable einführt: Der Wert sinkt dann auf ein  $r = .06$  (n.s.). Der positive Zusammenhang, der sich in den ersten Zahlen ausdrückt, geht also vollständig darauf zurück, dass sich inhaltlich so konträr ausgerichtete Proteste auf die größeren Orte konzentrieren. Anders verhält es sich mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen. Die Korrelation zwischen den Protesten gegen „rechts“ und den Protesten gegen die Corona-

---

<sup>10</sup> Wir folgen einer weithin üblichen Praxis, auch bei einer Totalerhebung statistische Signifikanztests anzuwenden. Bei Totalerhebungen sind qua Theorie zwar keine statistischen Signifikanztests angebracht. Man kann sie jedoch für notwendig erachten und rechtfertigen, wenn Messfehler seitens der eingesetzten Variablen bestehen und es um allgemeinere Erklärungen sozialer Realitäten geht (vgl. Broscheid/Geschwend 2005).

Maßnahmen liegt bei .70 ( $p < 0,001$ ). Führt man die Ortsgröße als Kontrollvariable ein, sinkt zwar der Wert, bleibt aber von seiner Größe und Signifikanz her weiterhin bedeutsam ( $r = .34$ ,  $p < 0,001$ ).

**Tabelle: OLS- Regression: Einfluss von AfD-Wähleranteil, rechtspopulistischem Protest, Ortsgröße und Zentrums-Funktion des Ortes auf Protest gegen „rechts“ in Sachsen (beta-Koeffizienten)**

Protest gegen Corona-Maßnahmen	.31***
Anti-Asyl-Protest	.00
AfD-Wähleranteil	-.04
Ortsgröße	.39***
Zentrum	.15***
<hr/>	
R <sup>2</sup>	.57

\*\*\*  $p < 0,001$

*Protest gegen „rechts“*: Zahl der Tage mit Protest gegen „rechts“ (11. Januar bis 26. März 2024); *Protest gegen Corona-Maßnahmen*: Zahl der Tage mit Protest gegen die Corona-Maßnahmen (März 2020 bis August 2021); *Anti-Asyl-Protest*: Zahl der Tage mit Protest gegen Flüchtlinge (in den Jahren 2015/16); *AfD-Wähleranteil*: Bundestagswahl 2021, Zweitstimme; *Zentrum*: Ober- und Mittelzentren vs. Sonstige.

*Quellen* siehe Abschnitt „Methodische Grundlagen“.

*Basis*: 419 Sächsische Städte und Gemeinden

Und wie stellen sich diese Verhältnisse im Rahmen einer OLS-Regressionsanalyse dar? Neben der Variable für Ortsgröße beziehen wir ergänzend eine Variable für die Zentralität der Orte ein. Zentrale Orte definieren sich über ihre überörtliche Bedeutung. Sie nehmen wichtige Funktionen ein für das Umland aufgrund ihrer Infrastruktur, ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrem Stellenwert als Verkehrsknotenpunkt. In unserer Analyse legen wir die Zentren zugrunde, die in der amtlichen Statistik als „Ober-“ oder als „Mittel-Zentren“ eingestuft sind. Die Variable korreliert zwar mit der Ortsgröße, ist damit aber nur partiell identisch. Die Korrelation liegt bei  $r = .37$  ( $p < 0,001$ ).

Führt man eine Regressionsanalyse durch mit der Zahl der Proteste gegen Flüchtlinge, der Zahl der Corona-Proteste, dem AfD-Wähleranteil, der Ortsgröße und der Zentren-Funktion des Ortes als unabhängige Variablen, so erweist sich – siehe die *Tabelle* – die Ortsgröße als der bedeutendste Einflussfaktor auf die Proteste gegen „rechts“ ( $\beta = .39$ ,  $p < 0,001$ ). Zusätzlich übt die Zentren-Funktion des Ortes einen – wenn auch schwachen – Effekt aus ( $\beta = .15$ ,  $p < 0,001$ ). Unter den inhaltlich relevanten Variablen erweisen sich einzig die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen als

relevant und statistisch bedeutsam ( $\beta = .31, p < 0,001$ ), während sowohl der AfD-Wähleranteil als auch die Anti-Asyl-Proteste keinen Effekt ausüben.<sup>11</sup> Dass die Corona-Proteste gegenüber den Anti-Asyl-Protesten bedeutsamer sind, ist vermutlich ihrem größeren Grad an Aktualität geschuldet. Sie liegen zeitlich weniger weit zurück als die Anti-Asyl-Proteste.

Man muss allerdings gegenüber diesen Befunden zugleich einen methodischen Vorbehalt vorbringen: Die Zahl der Städte und Gemeinden, in denen Protest gegen „rechts“ stattfand, ist in unserer Untersuchung mit  $N=41$  im Kontext der Gesamtzahl sächsischer Städte und Gemeinden naturgemäß gering. Insbesondere der Effekt der Anti-Corona-Proteste wird durch Zahl und Art der einbezogenen Gemeinden beeinflusst, wie vertiefende Analysen zeigen. In manchen Konstellationen, bei denen einzelne Städte sowohl mit überproportional häufigem Protest gegen die Corona-Maßnahmen als auch gegen „rechts“ – wie Görlitz – aus der Berechnung ausklammert werden, sinkt der Effekt der Anti-Corona-Proteste und verblasst als relevante Einflussgröße. Manche Orte tragen offenbar in überproportionalem Maße zu dem Zusammenhang bei.

Dies macht deutlich, dass die jeweils spezifische lokale Historie des Protests gegen „rechts“ für das hier dargelegte Ergebnis nicht ohne Bedeutung ist. Die möglichen Einflussfaktoren, welche lokalspezifische Akzente hervorbringen, reichen von der Art der vorherigen Proteste und ihrer Definition als „rechts“ bis hin zu Fragen der Mobilisierung durch aktuelle Ereignisse und „Bewegungsunternehmer“, die zum Protest aufrufen und/oder ihn organisieren. Was durchgängig in allen unseren Analysen als bedeutsamste Einflussgröße bleibt, ist die Ortsgröße. Je größer der Ort, desto weiterverbreitet und häufiger die Zahl der Proteste gegen „rechts“.

## **7 Schlussbemerkungen**

Was bleibt? Die Proteste gegen „rechts“ fanden in Sachsen überproportional in den größeren Städten und Gemeinden statt – in dieser Hinsicht nicht untypisch für größere Proteste im Allgemeinen. Denn in größeren Orten erlangt man als Protestbewegung nicht nur eine größere Sichtbarkeit, sondern vermag auch auf ein überproportional großes Potential an Teilnehmenden zurückzugreifen. Orten, an denen rechtspopulistischer Protest – in Form von Protest gegen die Corona-Maßnahmen – vor nicht allzu langer Zeit stattgefunden hat, kommt dabei offenbar ein

---

<sup>11</sup> Würde man nicht die Gesamtheit der Gemeinden in Sachsen in die Analyse einbeziehen, sondern nur Gemeinden in einer Größe, in der es in nennenswerten Maße Proteste gegen „rechts“ gab – im vorliegenden Fall ab 8.000 Einwohnern ( $N=91$ ) –, würde sich an den Ergebnissen der Regression wenig verändern. Die Ortsgröße bliebe weiterhin die wichtigste Variable, gefolgt von den Corona-Protesten. Der Effekt der Zentrumsfunktion würde verblassen. Würde man sich auf die Orte beschränken, in denen Proteste gegen „rechts“ stattfanden ( $N=41$ ), würde sich ebenfalls an der Grundstruktur wenig ändern: Die Ortsgröße wäre weiterhin die wichtigste Variable (auf dem 5 % Signifikanzniveau), gefolgt von den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen (die das 10 % Signifikanzniveau knapp verfehlen). Die anderen Variablen erweisen sich als unbedeutend.

größerer Stellenwert zu als Orten mit einem Protest, dessen rechtspopulistisches Profil zwar besonders markant ist, aber zeitlich weiter zurückliegt.

Ein Zusammenhang von Protest gegen „rechts“ mit dem AfD-Wähleranteil besteht nicht. Dass ein Zusammenhang nicht existiert, mag damit zusammenhängen, dass die Rekrutierung der Protestteilnehmer mehrheitlich nicht aus dem Ort des Protests erfolgte, sondern aus der weiteren Umgebung. Zudem kann es sein, dass Orte mit hohem AfD-Wähleranteil nicht per se bevorzugter Adressat eines Protests gegen „rechts“ wurden, sondern dass sich der rechtspopulistische oder rechtsextreme Charakter eines Ortes erst in Ereignissen und konkreten Handlungen niederschlagen muss, ehe zu einem Protest gegen „rechts“ dort mobilisiert wird.

Der Zusammenhang der Corona-Proteste mit den Protesten gegen „rechts“ legt nahe, dass eine Historie rechtspopulistisch geprägter Proteste am Ort nicht zwingend Menschen davon abschreckt, gegen „rechts“ zu demonstrieren, sondern dies im Gegenteil ein Anlass zum Handeln sein kann: Als Protest gegen ein (seit längerem) als „rechts“ wahrgenommenes lokales Meinungsklima. Allerdings scheint der Effekt der Anti-Corona-Proteste von der spezifischen Konstellation und Historie der jeweiligen Städte und Gemeinden mitbeeinflusst. Aus dieser Sicht ist es denkbar, dass sich in anderen Konstellationen – etwa in anderen Bundesländern – die Effekte in etwas anderer Akzentuierung darstellen.

**Karl-Heinz Reuband**, Professor für Soziologie (em.) am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Mail: reuband.kh@gmail.com

## Literatur

*Broscheid, Andreas/ Geschwend, Thomas* 2005: Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen, in: Politische Vierteljahresschrift, 46, S.16-26.

*Correctiv* 2024: Geheimplan gegen Deutschland (URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>; Zugriff 02.09.2024).

*DemokraTEAM* 2024: Statistik: Zahl der Demonstrierenden (URL: <https://www.demokrateam.org/report/>; Zugriff 04.05.2024).

*Herpertz, Anne* 2024: Brückenschlag nach rechts außen. Personelle Netzwerke und Kooperationen zwischen Pegida, Corona-Protesten und den Freien Sachsen in Dresden. In: Michael Krell/ Tom Böhme (Hg.): Sächsische Realitäten. Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen. Dresden: Thelem Verlag, S. 148-175.

*Leipziger Volkszeitung* 2024: Provinz-Protest. Waldheim beklagt fehlende Hilfe bei Anti-AfD-Demos (10.02.2014) (URL: <https://www.lvz.de/mitteldeutschland/provinz-protest-waldheim-beklagt-fehlende-hilfe-bei-anti-afd-demos-DJ5YBG7L3RH7VFZK3MVCE3VKPM.html>; Zugriff 02.09.2024).

*Mut gegen rechte Gewalt* 2024: Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle (URL: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>; Zugriff 04.05.2024).

*Reuband, Karl-Heinz* 2022: Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. Der Stellenwert von AfD-Affinitäten, Verschwörungsdenken und Ortsgröße. In: Zeitschrift für Politik, 69, S. 55-77.

*taz* 2024: Wenn die Demokratie Zähne zeigt (URL: <https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5994464/>; Zugriff 04.05.2024).

*Wikipedia* 2024: Proteste gegen Rechtsextremismus in Deutschland und Österreich 2024 (URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Proteste\\_gegen\\_Rechtsextremismus\\_in\\_Deutschland\\_und\\_%C3%96sterreich\\_2024](https://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_gegen_Rechtsextremismus_in_Deutschland_und_%C3%96sterreich_2024); Zugriff 04.05.2024).